



## Niederschrift öffentliche Sitzung des Ausschusses für Kultur

---

<b>Sitzungstermin:</b>	Donnerstag, 15.11.2001
<b>Sitzungsbeginn:</b>	18:00 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	21:00 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	Hegelallee , Haus 9, Raum 107

---

### Anwesend sind:

Herr Kruschat, Axel	Die Andere	
Herr Matura, Ralf		
Herr Schliepe, Gregor	>Die Andere<	
Herr Steiauf, Moritz Luka		
Frau Keilholz, Monika	SPD	
Herr Dr. Przybilski, Helmut	SPD	
Herr Prof. Dr. Rüdiger, Günther	SPD	
Herr Dr. Scharfenberg, Hans-Jürgen	PDS	
Frau Dr. Schröter, Karin	PDS	Sitzungsleitung
Herr Näder, Volkmar	CDU	
Frau Schöneich, Elisabeth	Grüne/B90	
Frau Schulze, Barbara	SPD	
Fischer, Gabriele Beigeordnete		

### Nicht anwesend sind:

Frau Grimm, Ute	Die Andere	entschuldigt
Herr Dr. Dümcke, Wolfgang	SPD	unentschuldigt
Frau Nitsche, Juliane	PDS	unentschuldigt

### **Tagesordnung:**

#### Öffentlicher Teil

- 1 Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 1.1 Bestätigung des Protokolls
- 2 Weiterer Betrieb der Hauptattraktionen der Bundesgartenschau im Jahr 2002  
Vorlage: 01/SVV/0677
- 3 Beratung der Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für das Haushaltsjahr 2002
- 4 Informationstafeln an Straßenschildern  
Vorlage: 01/SVV/0743
- 5 Zusatzschilder für Straßennamen  
Vorlage: 01/SVV/0747

- 6 Kulturelle Projektförderung II. Halbjahr 2001 - Vorstellung der geförderten Projekte
- 7 Entgeltordnung des Potsdam-Museums  
Vorlage: 01/SVV/0841
- 8 Besetzung des Kuratoriums der Bürgerhaus am Schlaatz gGmbH

## **Protokoll:**

### Öffentlicher Teil

- zu 1 Feststellung der Beschlussfähigkeit  
Zu Beginn der Sitzung stellt Frau Dr. Schröter die Beschlussfähigkeit fest. 6 Kulturausschussmitglieder sind anwesend; Frau Grimm wird durch Herrn Kruschat vertreten.
  
- zu 1.1 Bestätigung des Protokolls  
Das Protokoll der 33. KA-Sitzung vom 18.10.2001 wird ohne Änderungen bestätigt.

### **Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: .6  
Ablehnung: ./  
Enthaltung: .1

- zu 2 Weiterer Betrieb der Hauptattraktionen der Bundesgartenschau im Jahr 2002  
Vorlage: 01/SVV/0677  
Frau Dr. von Kuick-Frenz geht zu Beginn auf notwendige Änderungen in Punkt 4 der Verwaltungsvorlage, die am 12.09.2001 in die StVV eingebracht wurde, ein. Diese beruhen auf Ergebnisse der steuerrechtlichen Prüfung, die ergeben hat, dass die Bewirtschaftung durch eine Arbeitsgemeinschaft aus Entwicklungsträger Bornstedter Feld und Buga GmbH nicht realistisch ist. Daher wird vorgeschlagen, für 2002 den gesamten Aufgabenkomplex der Buga GmbH zu übertragen. Der SBW-Ausschuss hat sich am 13.11.2001 mit der Thematik befasst, wird aber erst bis zur endgültigen Klärung der Steuerfragen in seiner Sitzung am 27.11.2001 einen Beschluss fassen. Die StVV soll dann im Dezember ihre Entscheidung treffen.

Herr Frerichs ist Vertreter der Buga GmbH. Er berichtet, dass sich die Buga GmbH in Auflösung befindet, noch aber die Möglichkeit besteht, deren Kompetenz auch für 2002 zu nutzen. Da bisher noch keine Entscheidungen getroffen wurden, haben die Mitarbeiter der Buga GmbH zunächst ein erstes vorläufiges Konzept für die kulturelle Bespielung zusammengestellt, dass sich aus eigenen Veranstaltungen, Veranstaltungen in Kooperation mit anderen Partnern sowie Vermietungen zusammensetzt. Oberste Priorität hat dabei, die Angebote der Veranstalter in der Stadt miteinander abzustimmen.

Die Ideen für die Veranstaltungen im Buga-Park reichen von kulturellen Veranstaltungen verschiedenster Art, Veranstaltungen im Sportbereich sowie für Kin-

der bis hin zu Messen und Ausstellungen.

Der Lustgarten soll für Zirkus und Varieté, Märkte, politische Veranstaltungen, Vermietungen, Kino u.a. nutzbar sein. Die Aktivitäten auf der Freundschaftsinsel sollen vor allem das "traditionelle" Publikum anziehen.

Die für das Veranstaltungsmanagement kalkulierten Kosten betragen ca. 900 TDM.

Anschließend erhält Herr Krätzig aus der Kirschallee als Anwohner des Buga-Parks Rederecht. Sein besonderes Anliegen besteht darin, bei der Planung des zeitlichen Rahmens des Veranstaltungsprogramms die Interessen der Anwohner zu beachten. Die Erfahrungen während der Buga haben gezeigt, dass der Schallpegel von der Parkbühne ins Wohngebiet hinein reicht und die Nachtruhe der Anwohner stark beeinträchtigt.

Frau Dr. von Kiuck-Frenz hält Abstimmungen hierzu im nächsten Jahr für erforderlich, da das Jahr 2002 eine Testphase für die künftige Bespielung darstellt.

Herr Näder weist darauf hin, dass in der Stadt diesbezügliche Satzungen existieren, die anzuwenden sind.

Herr Dr. Przybilski spricht sich für die Übertragung der Bewirtschaftung und Bespielung an die Buga GmbH für 2002 als Übergangsjahr aus.

Frau Keilholz fordert für die Beschlussfassung das Vorliegen eines konkreten Veranstaltungs-Konzeptes ein. Die im Haushaltsentwurf veranschlagten 5,1 Mio DM für die Pflege, Unterhaltung und Bespielung der Buga-Areale sind in keiner Weise untersetzt. Auch darf es nicht passieren, dass eine zusätzliche Konkurrenz für die anderen Kulturanbieter erzeugt wird.

Herr Dr. Scharfenberg unterstützt diese Position. Eine genaue Prüfung unter gesamtstädtischer Verantwortung ist erforderlich. Das Ergebnis muss bis zur Beschlussfassung vorliegen.

Herr Kruschat macht auf den Änderungsantrag der Fraktion <Die Andere> aufmerksam. Der Park sollte als Volkspark dienen; nun kann nicht einfach ein Erlebnispark daraus gemacht werden. Hier ist die Frage der Erhebung von Eintrittsgeldern von Bedeutung.

Herr Prof. Rüdiger hält das Modell eines Probejahrs für günstig. Wichtig ist die Verständigung mit allen Kulturanbietern in der Stadt. Sicher findet es keinen Anklang, wenn sich einfach ein kultureller Großanbieter zusätzlich in der Stadt etabliert.

Frau Fischer macht darauf aufmerksam, dass die Buga GmbH bisher über kein Mandat verfügt, um ein Konzept zu erarbeiten und daher die Situation besonders schwierig ist. Der Finanzierungsplan wird zur Beschlussfassung in der StVV vorliegen; auch Aussagen über die Einbindung von Kulturanbietern.

Herr Frerichs ergänzt, dass es seitens der Buga GmbH keinerlei Begehrlichkeiten gibt. Es existiert kein offizieller Auftrag zur Erarbeitung eines Nachnutzungskonzeptes, daher können wegen fehlender Entscheidungen keine verbindlichen Aussagen getroffen werden.

Herr Backhaus macht auf die Notsituation aufmerksam, die entstanden ist, da bis jetzt keine Gesamtlösung gefunden wurde.

### **Beschlusstext:**

1. Der Park im Bornstedter Feld ist weiterhin als Park mit vielfältigen Angeboten und Funktionen zu nutzen.

2. Der Park wird mittelfristig schrittweise um die derzeitigen temporären Flächen reduziert und bleibt im überwiegenden Teil eingezäunt. Die Erhebung eines moderaten Eintrittsgeldes wird erwogen.

3. Für den Park im Bornstedter Feld, den Lustgarten und die Freundschaftsinsel ist ein gemeinsames Veranstaltungsmanagement aufzubauen.

Die Verwaltung wird beauftragt, zum schnellstmöglichen Zeitpunkt ein Konzept zur kulturellen Bespielung der genannten Orte zu entwickeln und der StVV zur Beschlussfassung vorzulegen. Bis zur Beschlussfassung kann durch die Buga GmbH kein Geld für diesen Zweck ausgegeben werden.

4. Für das Jahr 2002 erfolgt die Bewirtschaftung weiterhin durch die BUGA GmbH vorbehaltlich der Variantenprüfung seitens der Verwaltung. Der Wirtschaftsplan 2002 der BUGA GmbH ist entsprechend zu ergänzen. Die Bewirtschaftung umfasst die Pflege und Unterhaltung für den Park im Bornstedter Feld und den Lustgarten sowie das gemeinsame Veranstaltungsmanagement gem. Ziffer 3."

5. Auf der Grundlage der vorliegenden Erkenntnisse und der Erfahrungen im Jahr 2002 ist eine Lösung für Betrieb und Bewirtschaftung für die Jahre 2003 und folgende vorzubereiten und der Stadtverordnetenversammlung im September 2002 zur Entscheidung vorzulegen.

### **Abstimmungsergebnis:**

Die Ergänzung zu Punkt 3, Satz 2 und 3

Zustimmung: .6

Ablehnung: .0

Enthaltung: .0

Beschlussvorlage mit der Änderung in Punkt 4

Zustimmung: .3

Ablehnung: .1

Enthaltung: .2

Der Ergänzungsantrag der Fraktion >Die Andere< "Der Park soll nach 2002 als Volkspark durch die Bevölkerung kostenlos genutzt werden. Für zusätzliche Kultur-, Sport- und Spielveranstaltungen können Pachtverträge abgeschlossen oder moderate Preise erhoben werden" wurde wie folgt abgestimmt

Zustimmung: .1

Ablehnung: .3

Enthaltung: .2

2002

Frau Dr. Schröter hält zu Beginn fest, dass auf der heutigen Sitzung die Besprechung des Haushaltsentwurfes erfolgt und die Beschlüsse des Kulturausschusses in der nächsten Sitzung (13.12.2001) gefasst werden.

Frau Roth, Geschäftsführerin der Kammerakademie Potsdam e.V., erhält Rede-recht zu diesem Tagesordnungspunkt.

Frau Fischer erläutert zunächst die wesentlichen Eckdaten für den Kulturbereich und nennt besondere Problempunkte.

Zum Thema der Absenkung des Zuschusses an die Kammerakademie Potsdam e.V. von rund 1,7 Mio DM erwarteten Zuwendungen auf rund 1,2 Mio DM äußert sich Frau Roth. Das Resümee über die Besucherresonanz schon zu Beginn der ersten Spielzeit des Orchesters in Potsdam ist äußerst positiv.

Da keine Landeszuschüsse fließen, stellt die Zuwendungshöhe von 1,7 Mio DM den absoluten Minimalbetrag dar, um die musikalische Grundversorgung in Potsdam entsprechend der Spielplankonzeption der Kammerakademie und des Betreiberkonzeptes für den Nikolaisaal abzudecken.

Aufgrund der Mitteilung der Verwaltung über den beabsichtigten Teil-Widerruf der Zuwendungen für 2001 in Höhe von 10% (entspricht 70.800 DM) muss Ende November 2001 der Insolvenzantrag des freien Trägers angemeldet werden, sollte diese Entscheidung umgesetzt werden.

Herr Näder fasst zusammen, dass die Situation dramatisch ist, und fragt nach, ob dies im Zusammenhang mit der Haushaltssperre bekannt war.

Frau Schöneich äußert Unverständnis über das Handeln der Verwaltung. Damit wird der Vertrauensschutz des freien Trägers verletzt und das bürgerschaftliche Engagement des Trägervereins des Orchesters missachtet.

Herr Schliepe zeigt sich überrascht über die vorgesehene Kürzung für 2001 und hält es für grundsätzlich erforderlich, auch in dieser Situation aufeinander zuzugehen. Das generelle Problem besteht darin, dass die Stadt ihre getroffenen Zusagen nicht einhält.

**Die Verwaltung wird beauftragt, bis zur nächsten Sitzung des Kulturausschusses (13.12.2001) Vorschläge für den Ausgleich der vorgesehenen Absenkung der Zuwendung an die Kammerakademie zu unterbreiten.**

Der Kulturausschuss bespricht anschließend weitere Positionen aus dem Haushaltsplanentwurf 2002:

- HSK: - Förderung freier Träger
- Zuschuss an HOT GmbH
- VWH: - Kunst im öffentlichen Raum
- VMH: - Fahrstuhl für die Bibliothek
- Kulturhäuser, freie Träger
- Schiffbauergasse

U.a. spricht sich Frau Dr. Schröter dafür aus, die freien Träger nicht mehr in das Haushaltssicherungskonzept aufzunehmen.

In Bezug auf die Beanstandung der Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung zur Aufhebung von Haushaltssperren für den Bereich der freien Träger fasst der Kulturausschuss folgenden Beschluss:

**Die Verwaltung wird beauftragt, bis zur nächsten Sitzung des Kulturausschusses eine Bewertung der Deckungsquelle für die Aufhebung der Haushaltssperre zu den freien Trägern der Kultur (s. Ergänzung vom 25.10.2001 zu DS 01/SVV/0745) abzugeben.**

zu 4

Informationstafeln an Straßenschildern

Vorlage: 01/SVV/0743

Der Kulturausschuss verständigt sich darauf, sich dem Votum des Finanzausschusses anzuschließen. Frau Dr. Bierschenk wird beauftragt, in der Gedenktafelkommission die Thematik zu behandeln und einen Vorschlag zu unterbreiten. Herr Näder regt den Einsatz von Sponsorengeldern an.

**Beschlusstext:**

Straßen, die nach Personen benannt sind oder werden, sollen künftig zusätzliche Beschilderungen erhalten, die wichtige Informationen zu den Namensgeber/innen vermitteln.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, bis zum 01.12.01 den Stadtverordneten ein Konzept vorzulegen, wie dieses Anliegen schrittweise im ganzen Stadtgebiet umgesetzt werden kann.

**Abstimmungsergebnis:**

Die DS 01/0743 und DS 01/0747 wurde gemeinsam behandelt und mit der Ergänzung, dass "die Gedenktafelkommission beauftragt wird, ein inhaltliches Konzept sowie einen Vorschlag zur Umsetzung zu erarbeiten" zur Beschlussfassung einstimmig empfohlen.

zu 5

Zusatzschilder für Straßennamen

Vorlage: 01/SVV/0747

Die DS 01/0743 und DS 01/0747 wurde gemeinsam behandelt. Diskussionsverlauf s. Ausführungen zur DS 01/0747

**Beschlusstext:**

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Straßen, die Namen von Personen tragen, nach und nach mit einem Zusatzschild zu versehen, das den Namen und die Lebensdaten enthält und auf die Bedeutung der Person für das öffentliche Leben bzw. für die Stadt Potsdam hinweist.

Der Kulturausschuss fügt folgende Ergänzung an:

Die Gedenktafelkommission wird beauftragt, ein inhaltliches Konzept sowie einen Vorschlag zur Umsetzung zu erarbeiten.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: .5

Ablehnung: ./

Enthaltung: ./

zu 6 Kulturelle Projektförderung II. Halbjahr 2001 - Vorstellung der geförderten Projekte  
Frau Faber-Schmidt stellt die beantragten Projekte vor und berichtet, welche Projekte abgelehnt wurden bzw. eine Förderung erhalten haben - s. Anlage 1 zum Protokoll.

zu 7 Entgeltordnung des Potsdam-Museums  
Vorlage: 01/SVV/0841  
Nach kurzer Besprechung stimmt der Kulturausschuss die Vorlage ab.

**Beschlusstext:**

Entgeltordnung des Potsdam-Museums der Landeshauptstadt Potsdam.

Außerkräftreten der Entgeltordnung des Potsdam-Museums vom 29.01.1997 - DS 97/044.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: .4

Ablehnung: ./

Enthaltung: ./

zu 8 Besetzung des Kuratoriums der Bürgerhaus am Schlaatz gGmbH  
Gemäß dem Beschluss der Beteiligungsverwaltung, dass es denkbar wäre, die Aufgabe einem Stellvertreter / einer Stellvertreterin des Mitgliedes des Kulturausschusses zu übertragen, schlägt Frau Dr. Schröter den Stadtverordneten Herrn Jura Schöder hierfür vor.

**Der Kulturausschuss benennt Herrn Jura Schöder als Mitglied des Kuratoriums der Bürgerhaus am Schlaatz gGmbH für den Sitz des Kulturausschusses.**